

Interview mit Claudia Kemfert, DIW

Hohes Erpressungspotenzial bei Kohleausstieg

Vermurkste Energiewende, vernachlässigte Klimaziele. Professorin Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung geht im Gespräch mit MBI TradeNews Energy hart mit den Klimaschutzplänen der Bundesregierung ins Gericht. Von der Kohle-Kommission erwartet sie wenig und nur mit Hilfe neuer Marktdesigns hält sie einen nachhaltigen Preis für versorgungssichere erneuerbare Energien für möglich.



Claudia Kemfert
Foto: DIW, Fotograf Oliver Betke

MBI TradeNews Energy: In die Sondierungsgespräche zur Jamaika-Koalition haben die Grünen die Forderung eingebracht, die 20 dreckigsten Kohlekraftwerke sofort abzuschalten. Jetzt haben wir doch wieder eine große Koalition bekommen, deren Klimaziele vielen Experten nicht ehrgeizig genug sind. Was erwarten Sie von der neuen Bundesregierung in Sachen Klimaschutz, insbesondere bei Themen wie dem Kohleausstieg?

Claudia Kemfert: Die große Koalition scheint wieder dort anzufangen, wo sie aufgehört hat: Die Energiewende zu vermurksen und die Klimaziele schleifen zu lassen. Die bisherige Groko hatte viele Jahre Zeit, alles zu tun, um die Emissionen zu senken: den Kohleausstieg einleiten, mehr Förderung für Gebäudedämmung. Sie hätte die Verkehrswende einführen können, indem Diesel weniger bevorzugt und Elektromobilität gefördert wird.

Nun ist die Konsequenz, dass die Kohle-, Öl-, und Dieselanteile viel zu hoch sind und die Emissionen steigen statt zu sinken. Jetzt auch noch das Emissionsziel für 2020 aufzugeben, ist eine Bankrotterklärung und kontraproduktiv. Die Klimaziele wären durchaus noch zu erreichen, wenn man die alten und ineffizienten Kohlekraftwerke sofort vom Netz nimmt und die Weichen für den Kohleausstieg stellt, und außerdem eine Verkehrswende einleitet. Man hat schon viel zu viel Zeit verloren und unliebsame Entscheidungen verschoben. Es

ist offensichtlich, dass dies nun wieder der Fall sein wird. Zwar will man die „Handlungslücke zur Erreichung der Klimaziele 2020 schließen“, aber die konkreten Schritte dahin werden offen gelassen. Je länger man wartet, desto teurer wird die Energiewende: Notwendige Investitionen in erneuerbare Energien, Elektromobilität und Klimaschutztechnologien werden verschoben. Das gefährdet Arbeitsplätze und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

Beim Thema Kohleausstieg erwarte ich nicht allzu viel: Zwar will man ein festes Ausstiegsdatum vereinbaren, es steht aber zu befürchten, dass sich die Kohlelobby durchsetzt und hohe Entschädigungszahlungen erpresst. Alle Kohlekraftwerksbetreiber äußern bereits öffentlich, dass sie Entschädigungen in angemessener Höhe erwarten. Dies wird die Kosten der Energiewende und den Strompreis weit nach oben treiben.

Mit Svenja Schulze ist nun wieder eine Politikerin aus Nordrhein-Westfalen und ein Mitglied der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie Umweltministerin geworden. Beides traf auch schon auf Barbara Hendricks zu. Trauen Sie Svenja Schulze eine ehrgeizige Umweltpolitik zu?

Das wird man sehen. Über Barbara Hendricks wurden damals auch schon ähnliche Dinge gesagt, und dann hat sie ihre Sache insgesamt sehr gut gemacht. Svenja Schulze wird diese Politik nun teilweise fort-

führen, aber auch eigene Schwerpunkte setzen müssen.

Wie wird sich die Energielandschaft mit der Zerschlagung von Innogy und der Umstrukturierung der Geschäfte von E.ON und RWE verändern und welchen Einfluss haben die Veränderungen auf das Tempo der Energiewende? Wird RWE zum „Sammelbecken“ für die thermischen Kraftwerke in Deutschland?

Offenbar. RWE wird zur „Bad Bank“ des Energiemarktes mit einem Kraftwerkspark, der in der neuen Energiewelt mehr und mehr verschwinden wird. Neue Geschäftsmodelle sind erst einmal nicht in Sicht. Mittel- bis langfristig wird die neue Energiewelt inklusive dezentraler erneuerbarer Energien und nachhaltiger Mobilität boomen. Durch die Dekarbonisierung der gesamten Wirtschaft wird auch Gas im kommenden Jahrzehnt mehr und mehr zum Auslaufmodell, genau wie Kohle und Atomkraft heute.

Die erneuerbaren Energien sind bei RWE schlecht aufgehoben, da dieser Konzern ausschließlich das konventionelle Energiegeschäft umsetzen kann und will. Es scheint, als könnten die Energieriesen nur das großskalige konventionelle Energiegeschäft bedienen und weniger das dezentrale, erneuerbare und innovative, welches aber langfristig das erfolgversprechendere ist. Die Zeit der Energieriesen ist abgelaufen, nun will man mit Megafusionen diesen Trend aufhalten. Dies wird aber kaum gelingen. ▶▶

► Sie haben gesagt, RWE habe in der Vergangenheit sehr rückwärts-gewandte Unternehmensentscheidungen getroffen. Welche meinen Sie konkret und wie könnte sich dies nach der Umstrukturierung entwickeln?

RWE ist in der klassischen Energiewelt zuhause. Das zeigt auch das Kraftwerkportfolio, welches sich zu 90 Prozent aus fossilen und Atomkraftwerken zusammensetzt. RWE will diese alte Energiewelt möglichst lange erhalten. Dies belegen zum Beispiel die jüngsten Ankündigungen, die Kohlekraftwerke von EnBW aufzukaufen, oder auch die Forderungen nach Entschädigungszahlungen. Es sind wenig Absichten erkennbar, die Geschäftsmodelle auf die neue Energiewelt umzustellen.

Sie haben auch gesagt, Innogy sei von Anfang an „nicht lebensfähig“ gewesen. Können Sie das ausführen? Welche waren die „wenig innovativen Managemententscheidungen“, die Sie kritisieren?

Die Energie von morgen wird dezentral produziert. Es bedarf einer intelligenten Steuerung von Angebot und Nachfrage mit mehr Flexibilität und mittelfristig mehr Speicherung. Da ist es grundsätzlich eine kluge Idee, wenn ein Konzern spezielle Unternehmensteile schafft, die die neuen Märkte erschließen können, ohne der alten Mutter Konkurrenz zu machen. RWEs Schritt war 2015 daher folgerichtig.

Innogy hatte von Anfang an allerdings wenig nachhaltige Geschäftsmodelle vorzuweisen. Zum Zeitpunkt des Entstehens brauchte RWE frisches Kapital. Einem börsennotierten Konzern, dem die Aktionäre davonlaufen, droht die feindliche Übernahme oder die Zerschlagung. Somit war der scheinbar radikale – und bisher vehement abgelehnte – Schritt der Aufteilung beider Konzerne wohl eher eine Verzweiflungstat als ein Befreiungsschlag. Ein Marketing-Coup, der an den Börsen kurzfristig aufging. Der Kurs ist gestiegen und Kapital wurde gewonnen. Aber wer genauer hingesehen hat, hat durchaus Zweifel bekommen. Anders als E.ON

wollte RWE den konventionellen Energiebereich in der Konzernmutter behalten und den „grünen“ Bereich neu bilden. Die Energieproduktion bei RWE erfolgt zu mehr als 90 Prozent aus Kohle- und Atomkraftwerken und nur zu etwa 5 Prozent aus erneuerbaren Energien. Was da im „grünen“ Geschäftsbereich entstehen soll, ist derzeit kaum der Rede wert und muss fast vollständig neu erschaffen werden. Und dazu wurde zu wenig Kapital bereit- und die Geschäftsmodelle zu wenig umgestellt. Das Know-how über die neuen Märkte war bei Innogy zu gering. Die ohnehin schwache Innovationskraft drohte in Abhängigkeit der übermächtigen Konzernmutter RWE mit ihren konservativen Werten und Strukturen von Anfang am Erstickungstod zu sterben. Dass die zierliche Tochter schnell zur schönen Braut heranreift, die auf den Märkten der Welt auftrumpft, war von Anfang an nicht zu erwarten. „RWE alt“ hat zu viele Altlasten und hält stark an alten Denkmustern fest. „RWE neu“ bewegt sich in die richtige Richtung, bleibt aber zu leer.

Welche Rolle wird RWE aus Ihrer Sicht in der Kommission zur Vorbereitung des Kohleausstiegs spielen, die die neue Bundesregierung plant?

RWE wird ganz sicher für das möglichst lange Festhalten und ein möglichst fernes beziehungsweise gar kein Ausstiegsdatum für Kohlekraftwerke kämpfen und für möglichst hohe Entschädigungszahlungen. Das Erpressungspotenzial ist sehr hoch: Es geht schließlich um die finanzielle Entschädigung vieler Kommunen in Nordrhein-Westfalen.

Ist das Ziel, schon Ende 2018 zu einem Ergebnis zu kommen, nicht etwas ambitioniert?

Es kommt darauf an, wie sie sich zusammensetzt und welche Zielsetzung damit verfolgt wird. Das Zeitfenster ist sicherlich sehr knapp bemessen. Allerdings wird die Kommission ja auch nur Empfehlungen formulieren – was davon im politischen Prozess dann übrig bleibt, ist ja

völlig offen. Ich denke aber, dass man von dieser Kommission nicht allzu viel erwarten darf.

Ist die These richtig, dass der fehlende Netzausbau die Energiewende bremst oder sind es schwerfällig steuerbare Kohleanlagen, die für die Verstopfung von Leitungen und Redispatch sorgen?

Dass fehlender Netzausbau die Energiewende bremst, ist ein Mythos. Kohle- und Atomkraftwerke sind zu schwerfällig, um auf die Schwankungen bei Erneuerbaren zu reagieren. Dies führt bei hohen Mengen erneuerbarer Energien zunehmend zu Verstopfungen. Je mehr Stromleitungen man baut, desto mehr Strom aus Kohle und Atomkraft wird eingespeist. Mehr Stromleitungen verhindern also ebenso wichtige Preissignale bei Verstopfung. Die eigentliche Motivation für immer mehr und teure Stromleitungen liegt in den staatlich garantierten Traumrenditen für die Netzbetreiber, die zu exorbitant hohen Netzentgelten und Strompreisen führen.

Wie kann das nötige Backup an thermischen Kraftwerken für Dunkelflauten organisiert werden? Genügen Energy-Only-Märkte?

Die wenigen Stunden im Jahr, wo die Dunkelflaute in einer Energiewelt mit mehr als 80 Prozent erneuerbarer Energien auftreten kann, sollte mit erneuerbaren Energien wie Wasserkraft und Biomasse, mehr Flexibilität über Nachfrigesteuerung und kluges Energiemanagement, teilweise mit Strom-Importen und Langfristspeichern wie Öko-Wasserstoff und Power-to-Gas gedeckt werden. Auf dem Weg dorthin können in der Übergangszeit Gas-Kraftwerke lastnah und flexibel eingesetzt werden. Preissignale in Echtzeit können durchaus im kommenden Jahrzehnt ausreichend finanzielle Anreize geben. Mehr und mehr werden aber auch neue Marktdesigns notwendig, die einen „Preis für versorgungssicheren erneuerbare Energien“ generieren.

Das Interview führte Marie Pfefferkorn